
Liebe Leserinnen und Leser, Tschernobyl mahnt auch heute noch!

Vielerorts wurde und wird in diesen Tagen an die Reaktorkatastrophe in Tschernobyl von 1986 erinnert. Am 26. April war der 26. Jahrestag. Und der Protest gegen die Nutzung der Atomenergie muss weitergehen: Noch immer wird Uran abgebaut, noch immer wird Atommüll produziert, noch immer rollt Atommüll durch Dörfer und Städte. Und auch in anderen Bereichen gibt es für die Umweltbewegung viel Arbeit, genannt seien die Stichworte Fracking und CCS, Schadstoffe in Schulen und Lebensmitteln, Verseuchung von Gewässern und Böden. Viel Kraft und Engagement für die vielfältigen Aktivitäten im Umweltschutz wünscht die BBU-Newsletter-Redaktion.



1. Aus Vorstand und Geschäftsstelle

Das BBU-Spendenkonto freut sich auf DEINE / IHRE Spende ...

Spendenkonto: Sparkasse Bonn (BLZ 37050198), Kontonummer: 1900.2666

Wer möchte, kann auch bequem online einen beliebigen Betrag an den BBU spenden:

https://www.spendenportal.de/formulare/spendenformular.php?projekt_id=11578

Mit Aufklebern und Buttons Flagge zeigen

(UB) Beim BBU können zahlreiche Motive (Buttons und Aufkleber) bestellt werden, ausführliche Informationen gibt es unter <http://www.bbu-online.de/Materialversand/Versand.html>. oder in der BBU-Geschäftsstelle unter 0228-214032.

BBU-Stromwechselkampagne

(UB) Der neue Flyer zur BBU-EWS-Stromwechselkampagne kann weiterhin in größerer Stückzahl in der BBU-Geschäftsstelle bestellt werden. So sieht der Flyer aus: http://www.bbu-online.de/EWS/flyer_ews_web.pdf.

Informationen des BBU bei Facebook

(UB) Die Bonner Geschäftsstelle des BBU hat wie schon im März-Newsletter berichtet bei Facebook im Internet eine so genannte „Facebook-Seite“ eingerichtet. Dort werden aktuelle Pressemitteilungen des BBU, die BBU-Newsletter und weitere Informationen veröffentlicht. Wer ebenfalls bei Facebook vertreten ist, kann sich die Seite ja mal ansehen (gerne auch öfters), kann sie weiter empfehlen und / oder dort eigene Informationen hinterlegen.

Noch einmal der Hinweis: Facebook wird nicht von Wohltätigkeitsverbänden betrieben und wirtschaftliche Interessen stehen (von vielen NutzerInnen unbemerkt) im Mittelpunkt. Wer also eine eigene Facebook-Seite betreibt, sollte gut überlegen, ob dort wirklich jede Minute des Lebenslaufes veröffentlicht werden sollte und ob jedes Konfirmationsbild oder die jüngsten Fotos der Großeltern veröffentlicht werden müssen. Man darf sicher sein, dass diese privaten Informationen persönlich zu geschneiderte Werbung ermöglichen. (Viele Leute fühlen sich auch noch geschmeichelt, wenn sie bei Facebook persönlich gehaltene Werbung aufblitzen sehen ...).

Für den BBU steht das Verbreiten unserer Themen und Aktionen und das Vernetzen mit anderen Initiativen und Organisationen im Vordergrund, weshalb wir uns nach langen Diskussionen für eine BBU-Facebook-Seite entschieden haben. Wir freuen uns auf spannende Beiträge und reges Interesse – und auch auf generelle Rückmeldungen der BBU-Mitglieder zur Nutzung von Facebook.

Den BBU findet Ihr bei Facebook unter www.facebook.com/BBU72. Bitte verbreitet diesen Link über E-Mail-Verteiler und / oder veröffentlicht ihn auf euren Internetseiten.

2. Themenbereiche

Atomindustrie

Brokdorf-Mahnwache

Seit über fünfundzwanzig Jahren kommen wir nun jeden 6. eines Monats vor das AKW Brokdorf. Heute am 6.04.12 ist es das 309. Mal. Die Mahnwachen wurden initiiert von kirchlichen MitarbeiterInnen und PastorInnen der Nordelbischen Kirche, den Basisgemeinden Wulfshagener Hütten und Wedel, Anti-AKW-Gruppen aus Hamburg sowie besorgten Anwohnern aus der Umgebung von Brokdorf. Anlass waren der SuperGAU im AKW Tschernobyl am 26.4.86 und die Erfahrungen auf der großen Demonstration am 7. Juni 86 gegen die für Oktober 86 geplante Inbetriebnahme

des AKW Brokdorf. Der 6. eines jeden Monats wurde gewählt, um auf den unlösbaren Zusammenhang von Atomstromproduktion und militärischer Nutzung – Atombombenabwurf auf Hiroshima am 6.8.1945 – hinzuweisen. Das Motto unserer Aktionen vor dem AKW Brokdorf lautet von Anbeginn an: Im Angesicht der Bedrohung: Gemeinsam Wege der Hoffnung finden. Wir haben verabredet, so lange die Mahnwachen durchzuführen, bis das AKW Brokdorf stillgelegt ist. Kontakt: Hans-G. Werner, Mühlenstr. 35 22880 Wedel Tel.: 04103/818642.

Aus einem Flugblatt der Mahnandachtsgruppe: <http://lebensgemeinschaft.basisgemeinde.de/sites/default/files/Flugblatt%20April%202012.pdf>

Osteraktion: Symbolische Blockade der deutschen Urananreicherungsanlage

Anti-Atomkraft-Initiativen haben Karsamstag (7. April) den Betrieb der einzigen deutschen Urananreicherungsanlage im westfälischen Gronau symbolisch blockiert. Im Rahmen der bundesweiten Ostermarschaktionen der Friedensbewegung wurde dabei die Feuerwehrezufahrt der Urananreicherungsanlage eine Stunde lang mit Transparenten versperrt. Unterstützt wurde die Aktion auch von der Münsteraner Initiative für den sofortigen Atomausstieg (SOFA), deren Mitglieder es sich auf einem rollbaren Sofa vor dem Tor gemütlich machten. Die gesamte Aktion richtete sich gegen jegliche militärische und "zivile" Nutzung der Atomenergie.

Für die Anti-Atomkraft- und Friedensbewegung steht fest: Gerade bei der Urananreicherung mit Zentrifugen, wie sie in Gronau betrieben wird, ist es grundsätzlich möglich, Uran für den Bau von Atomwaffen vorzubereiten. Das wird auch von offiziellen Stellen nicht bestritten. Auch der Iran, dem Atomwaffenabsichten nachgesagt werden, betreibt seine Urananreicherung nach dem Zentrifugenverfahren.

Weiterhin wurde mit der Aktion vor der Feuerwehrezufahrt verdeutlicht, dass bei einem schweren Störfall in der Urananreicherungsanlage kein Katastrophenschutz möglich ist. Udo Buchholz vom Vorstand des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) betonte vor Ort, dass die Feuerwehrezufahrt eine falsche Sicherheit vortäuscht. Direkt nach dem Zufahrtstor befindet sich ein weiterer Zaun und darin befindet sich kein Tor, durch das Rettungsfahrzeuge fahren könnten. Bei einem Brand in der Urananreicherungsanlage oder im Freilager für Uranhexafluorid droht Gronau eine Katastrophe.

Weitere Informationen zur Gronauer Urananreicherungsanlage findet man im Internet unter www.aku-gronau.de. Telefonische Auskünfte: 02562-23125.

Aus Platzgründen gekürzte Pressemitteilung des BBU vom 07.04.2012. Vollständiger Text unter <http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202012/07.04.12.html>

Anti-Atomkraft-Initiativen nahmen an Ostermarschaktionen teil

Der BBU hat die Aktionen der Anti-Atomkraft-Initiativen in Nordrhein-Westfalen als wichtige inhaltliche Bereicherung der Ostermärsche in NRW bezeichnet. Karsamstag wurde eine Zufahrt der Urananreicherungsanlage (UAA) in Gronau symbolisch blockiert und am Ostermontag nahmen rund 200 Mitglieder verschiedener Umwelt- und Friedensgruppen am Ostermarsch in Jülich teil.

Der Jülicher Ostermarsch führte zum Firmengelände der Enrichment Technology Company Limited (ETC). ETC gehört jeweils zu 50% dem Urenco-Konzern und zu 50 % dem Areva-Konzern (Frankreich). Das Unternehmen entwickelt und produziert Gaszentrifugen. Mit diesen kann in Urananreicherungsanlagen Uran so angereichert werden, dass es sich zur Energieerzeugung in Atomkraftwerken eignet. Grundsätzlich kann mit den Gaszentrifugen aber auch Uran für Uranbomben angereichert werden.

ETC ist an sieben Standorten in fünf Ländern vertreten. Deutsche Standorte sind Jülich und Gronau (Westfalen). In Gronau wird vom Urenco-Konzern die einzige deutsche Urananreicherungsanlage betrieben, für die die ETC die Zentrifugen montiert.

Mit dem Ostermarsch in Jülich wurde verdeutlicht, dass in Jülich wichtige Komponenten für die internationale Atomindustrie erforscht und produziert werden. Gleichzeitig wurde bei der Abschlusskundgebung ebenfalls darauf aufmerksam gemacht, dass die Urananreicherung auch für militärische Zwecke Verwendung finden kann.

Der Ostermarsch in Jülich richtete sich ebenfalls gegen die noch immer drohenden Atommüll-Castortransporte von Jülich nach Ahaus. Die hochgefährlichen Transporte wurden bisher noch immer nicht endgültig abgesagt. Die Anti-Atomkraft-Bewegung lehnt diese Transporte der Westcastoren von Jülich nach Ahaus grundsätzlich ab.

Aus Platzgründen gekürzte Pressemitteilung des BBU vom 11.04.2012. Vollständiger Text unter <http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202012/11.04.12.html>

Treppenwitz und Atommüll

Ein Treppenwitz der Geschichte ist nach Auffassung der Frühjahrskonferenz der Anti-AKW-Bewegung die jüngste Idee, die Atomenergie an den Tropf der EU-Subventionen zu hängen. Nach Fukushima sind in Japan fast alle der 54 Atomreaktoren abgeschaltet worden, in Deutschland 8 von 17. „Wenn wir keine weiteren Tschernobyls und Fukushimas wollen, dann müssen alle AKWs stillgelegt werden. In Deutschland und weltweit und am besten sofort. Und daran arbeiten wir weiter“, erklärt Felix Ruwe von der BI Ahaus.

Keine Chancen geben die AKW-GegnerInnen auch dem sog. Endlagersuchgesetz, das derzeit zwischen Bund und Ländern verhandelt wird. „In Sachen Atommüll gibt es ja ein in vielen Jahrzehnten gewachsenes Misstrauen gegen Politik und Wissenschaft. Aber statt daraus Konsequenzen zu ziehen und sich einer offenen gesellschaftlichen Auseinandersetzung zu stellen, führen die Parteien schon wieder Verhandlungen hinter verschlossenen Türen. Es kann doch jetzt nicht darum gehen, einen neuen Ort zu suchen, an dem man wieder alles falsch macht. Wenn die Bundesregierung in der öffentlichen Diskussion über Atommüll wieder ernst genommen werden will, muss sie erst mal einen seriösen Umgang mit ihren eigenen Fehlern der vergangenen Jahrzehnte an den Tag legen. Dazu gehört etwa die Räumung des Atommülls aus den desaströs gescheiterten Endlagerprojekten ASSE II und Morsleben und die Aufgabe der lediglich politisch motivierten Endlager-Standorte Gorleben und KONRAD. Und wenn man in Zukunft dann

irgendwann mal ernsthaft darüber reden will, einen neuen Standort mit dem Atommüll zu belasten, dann wird man den Menschen die dort leben auch das Recht einräumen müssen, NEIN zu sagen oder Bedingungen an die Sicherheit zu stellen.“

Aus Platzgründen gekürzte Pressemitteilung der Frühjahrskonferenz der Anti-Atomkraft-Bewegung, die vom 13. -15. April 2012 in Ahaus getagt hat. Vollständiger Text incl. Aktionstermine und Jülich-Resolution unter

<http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202012/15.04.12.html>

UAA Gronau: Genau 30 Jahre nach Baubeginn - die noch amtierende NRW-Landesregierung soll die Genehmigungen aufheben!

Genau 30 Jahre nach dem ersten Spatenstich zum Bau der einzigen deutschen Urananreicherungsanlage (UAA) haben heute, am 19. April, der Arbeitskreis Umwelt (AKU) Gronau und sein Dachverband, der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU), erneut die sofortige Stilllegung der umstrittenen Uranfabrik gefordert. Der Arbeitskreis Umwelt (AKU) Gronau fordert von der noch amtierenden rot-grünen Landesregierung noch vor der Landtagswahl die Aufhebung aller bisher im Zusammenhang mit der Gronauer Urananreicherungsanlage erteilten Genehmigungen. Der BBU verweist auf die erfolgreichen Stilllegungen der Atomanlagen in Hanau schon vor vielen Jahren: "Was in Hessen möglich war muss auch in NRW möglich sein", so Udo Buchholz vom BBU-Vorstand.

Bereits seit 1976 stößt die UAA Gronau auf den Widerstand der Anti-Atomkraft-Bewegung. Ursprünglich wurde gegen den Bau der Anlage demonstriert, jetzt für deren Stilllegung. Die Widerstandsformen sind vielfältig: Das Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen rückt immer wieder die geheimen Urantransporte von und nach Gronau in den Blickpunkt der Öffentlichkeit. Seit Ende 1986 finden an jedem ersten Sonntag im Monat an der UAA die sogenannten Sonntagsspaziergänge statt und aktuell führt die Umweltschutzorganisation Robin Wood eine Unterschriftenkampagne gegen die UAA durch www.robinwood.de. Außerdem solidarisiert sich Udo Lindenberg immer wieder mit dem UAA-Widerstand. Aktuell kann bei Ebay eine handsignierte Collage seines aktuellen CD-Covers ersteigert werden <http://lindenberg.bi-ahaus.de>. Am 11. März, dem Fukushima-Jahrestag, haben 4000 Menschen in Gronau gegen die Anlage demonstriert. Weitere Informationen zur UAA Gronau gibt es im Internet unter www.aku-gronau.de.

Aus Platzgründen gekürzte Pressemitteilung des BBU vom 19.04.2012. Vollständiger Text unter

<http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202012/19.04.12.html>

Eilantrag gegen sofortigen Vollzug der 2. SAG für KWO eingereicht! BürgerInnen fordern mehr Sicherheit und Öffentlichkeitsbeteiligung!

Mit einem Eilantrag haben AnwohnerInnen des stillgelegten AKW Obrigheim beim baden-württembergischen Verwaltungsgerichtshof (VGH) in Mannheim einen Stopp der weiteren Abbaumaßnahmen beantragt. Die Klägerinnen und Kläger befürchten, dass Sicherheitsaspekte des Abbaus nicht ausreichend geprüft wurden. Sie sehen Mängel im Planungs- und Genehmigungsverfahren, die zu unnötigen Risiken führen könnten. Die Initiative AtomErbe Obrigheim fordert gemeinsam mit den KlägerInnen eine stärkere Beteiligung der Öffentlichkeit, besseren Störfallschutz und eine verstärkte Vorsorge vor Strahlenbelastungen beim Abbau des Alt-AKW's.

Das Umweltministerium Baden-Württemberg hatte der EnBW für das AKW Obrigheim die 2. Stilllegungs- und Abbaugenehmigung (SAG) erteilt und Sofortvollzug angeordnet. Damit wurde der Abbau der Bereiche mit höherer Aktivität genehmigt, obwohl dort noch 342 hochradioaktiv abgebrannte Brennelemente in einem Nasslager liegen, die ein enormes Risikopotenzial darstellen. Aus der Initiative AtomErbe Obrigheim (hervorgegangen aus dem Aktionsbündnis Atommüll-Lager Obrigheim) hatten vier AnwohnerInnen bereits Ende 2011 Klage beim VGH gegen die Genehmigung eingereicht.

Nun folgt der Klage auch ein Eilantrag, um den Abbau auszusetzen, bis die strittigen Fragen geklärt sind. „Wir wollen verhindern, dass die Betreiber durch übereilte Aktivitäten Fakten schaffen, die eine Korrektur fehlender Verfahrens- und Sicherheitsmaßnahmen im Sinne der Klage verhindern oder einschränken könnten. Die notwendige Sorgfalt während des Jahrzehnte dauernden Abbaus muss gewährleistet sein und wird durch den Eilantrag befördert. Ohne ausreichende Prüfung und Planung der sicherheitsrelevanten Aspekte des Genehmigungsverfahrens, dürfen die Abbaumaßnahmen nicht fortgesetzt werden“, so die Forderung der Bürgerinitiative.

„Es gab zur Genehmigung des Abbaus der nuklearen Teile der Anlage (2. SAG) keine Öffentlichkeitsbeteiligung. Wäre diese erfolgt, hätten die Mängel im Verfahren und die fehlenden Ausführungen zu sicherheitsrelevanten Aspekten behoben werden können“, lautet einer der Kritikpunkte am Genehmigungsverfahren. Öffentlichkeitsbeteiligung biete immer die Möglichkeit, zusätzliches Expertenwissen in den Genehmigungsprozess einfließen zu lassen und Verbesserungen zu erwirken. Dies komme der Sicherheit der Anlagen und allen AnwohnerInnen zu Gute.

Wenn auch Sie die kritische Begleitung für wichtig erachten und das Bemühen der KlägerInnen und der Initiative finanziell unterstützen wollen, überweisen Sie bitte einen Betrag auf unser Konto:

RA Thomas Rahner Anderkonto

Volksbank Groß-Gerau | Konto: 3321916 | BLZ: 508 925 00, Verwendungszweck: Initiative AtomErbe Obrigheim

Pressemitteilung der Initiative AtomErbe Obrigheim (IAEO) vom 19. April 2012. Weitere Informationen unter <http://atomerbe-obrigheim.de>.



SpitzenkandidatInnen sollen atompolitische Wahlprüfsteine beantworten Bürgerinitiativen setzen Frist bis Ende April

Wie stehen die Parteien in Nordrhein-Westfalen zum Weiterbetrieb der Atomanlagen im bevölkerungsreichsten Bundesland? Zur Klärung dieser Frage hat der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) in enger Zusammenarbeit mit dem Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen stellvertretend für rund 30 Anti-Atomkraft-Initiati-

ven und Umweltverbände Wahlprüfsteine an nordrhein-westfälische SpitzenkandidatInnen geschickt. Konkret wurden Dr. Norbert Röttgen (CDU), Hannelore Kraft (SPD), Sylvia Löhrmann (Grüne), Christian Lindner (FDP), Katharina Schwabedissen (Linke) und Dr. Joachim Paul (Piraten) bis Ende April um Stellungnahmen gebeten.

"NRW ist in den letzten zwei Jahren unter rot-grün dem Atomausstieg nicht näher gekommen", bilanziert daher das Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen. "Die Urananreicherungsanlage in Gronau wurde weiter ausgebaut, neben der Anlage wird eine Atommüllhalle gebaut und Urantransporte fahren nahezu wöchentlich durch ganz NRW", kritisiert Udo Buchholz, Vorstandsmitglied des BBU und Anwohner der Gronauer Uranfabrik.

Die atompolitischen Wahlprüfsteine machen deutlich, dass von Atomausstieg in NRW keine Rede sein kann, weder an den münsterländischen Atomstandorten Gronau und Ahaus noch an den Atomstandorten Duisburg, Krefeld und Jülich. NRW ist nach wie vor ein Zentrum der Atomindustrie.

Die Wahlprüfsteine mit allen Fragen können im Internet unter www.kein-castor-nach-ahaus.de nachgelesen werden. Unter dieser Internetadresse sollen auch die Antworten der Politikerinnen und Politiker veröffentlicht

Aus Platzgründen gekürzte Pressemitteilung des BBU vom 24.04.2012. Vollständiger Text incl. Wahlprüfsteine unter <http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202012/24.04.12.html>

Endlagersuche

Am heutigen Abend erklärten Norbert Röttgen (CDU) und Jürgen Trittin (Grüne), es brauche nur noch ein Treffen, um sich auf den Entwurf für ein Endlagersuchgesetz zu einigen. Wie in der Vergangenheit, so die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (BI), werde hier hinter verschlossenen Türen ein Text ausgeklüngelt. "Transparenz ist für die Parteienvertreter offensichtlich immer noch ein Fremdwort", kommentiert die BI das Ergebnis. "Dass Gorleben im Gesetzestext nicht Erwähnung findet, ist noch lange nicht das Ende des Endlagerprojekts im Wendland, es steht überall zwischen den Zeilen", sagte Wolfgang Ehmke (BI). Eine klare Absage an Gorleben aber sei eine der Grundbedingungen dafür, dass es ein faires und wissenschaftsbasiertes Suchverfahren geben könne.

Die Gorleben-Gegner werden am kommenden Samstag für das Ende des geologisch ungeeigneten und politisch verbrannten Standort auf die Straße gehen. Am heutigen Verhandlungstag blockierten Aktivisten die Zufahrten zum Erkundungsbergwerk für mehrere Stunden.

Pressemitteilung der BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg vom 24.04.2012. Die BI ist im BBU organisiert. Weitere Informationen unter www.bi-luechow-dannenberg.de

26 Jahre Tschernobyl

(Anlässlich des 26. Jahrestages der Atomkatastrophe am 26. April in Tschernobyl hat der BBU seine Forderung nach der sofortigen und weltweiten Stilllegung aller Atomanlagen bekräftigt.

Der BBU kritisiert massiv, dass gerade die Atomkonzerne in der Bundesrepublik behaupten, in Deutschland könne es Katastrophen wie in Tschernobyl oder Fukushima nicht geben. "Das ist Unsinn", so BBU-Vorstandsmitglied Udo Buchholz. "Natürlich gleicht keine Katastrophe der anderen wie ein Ei dem anderen. Dennoch können schwere Atomkatastrophen auch hierzulande nicht ausgeschlossen werden. Und letztlich beginnt die Katastrophe der deutschen Atomkraftwerke und Uranfabriken beim Uranabbau im Niger und in Kanada, und endet hierzulande mit der unlöslichen Atommüllentsorgung. Die Diskussion um ein Endlagersuchgesetz verschleierte, dass zum Schutz der Bevölkerung und der Umwelt kein weiterer Atommüll mehr produziert werden darf", so Buchholz.

Für den BBU ist die bisherige Abschaltung einiger Atomkraftwerke noch kein ausreichender, richtungweisender Schritt. Der Verband fordert, dass auf dem Weg zu einer richtigen Energiewende die abgeschalteten Atomkraftwerke richtig stillgelegt und auch die verbliebenen AKW und Atomanlagen sofort stillgelegt werden. "Das Wiederauffahren in fünf, zehn oder zwanzig Jahren muss technisch unterbunden werden", betont Buchholz. Außerdem fordert der BBU den forcierten Ausbau umweltverträglicher Energieformen.

Der BBU weist darauf hin, dass zum Tschernobyljahrestag mit zahlreichen Veranstaltungen der Opfer der Atomindustrie gedacht wird. Gleichzeitig wird mit den Aktionen gegen den Weiterbetrieb der Atomanlagen protestiert. Eine der größten Aktionen in diesen Tagen findet am Samstag (28. April) in Gorleben statt. Um 13.00 Uhr beginnt dann bei den Atomanlagen in Gorleben eine Demonstration. Zahlreiche Initiativen und Verbände, darunter auch der BBU, rufen zur Teilnahme auf. Informationen zur Anreise und über den Ablauf der Demonstration findet man im Internet unter www.bi-luechow-dannenberg.de.

Aus Platzgründen gekürzte Pressemitteilung des BBU vom 25.04.2012. Vollständiger Text unter <http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202012/25.04.12.html>

Gentechnik

Liebe Partner von Vielfalterleben,

in diesem Jahr widmen wir uns mit Vielfalterleben dem Thema Saatgut und Bio-Gärtnern. Für Ihre bisherige Unterstützung in Form von Banner-Einbindungen auf Ihrer Website, Newsletterbeiträgen und vielem mehr, möchten wir uns herzlich bedanken.

Auch in 2012 setzen wir uns für mehr Vielfalt und gegen Gentechnik ein. Daher haben wir, gemeinsam mit der [Initiative Bantam](http://www.initiativebantam.de), die Website www.samenfest.info ins Leben gerufen. In Form einer Deutschlandkarte zeigen wir hier, wo Vielfalt wächst. Ziel ist es, dass möglichst viele Menschen ihre gentechnikfreie Zone eintragen und sich die Karte so nach und nach immer weiter füllt. Das bisherige Ergebnis können Sie [online](http://www.samenfest.info) sehen. Und auch Sie können mitmachen: markieren Sie Ihre Anbauflächen, Betriebe und sonstige Orte, an denen Sie Gutes wachsen lassen, online. Nach und nach spannt sich so das Netz mit einer klaren Botschaft:



wir sind für Vielfalt und gegen Gentechnik in der Landwirtschaft! Toll wäre außerdem, wenn Sie über Ihre Medien auf die Aktion aufmerksam machen und wir so möglichst viele Menschen zum Mitmachen motivieren können.
Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung und viele Grüße, Sabine Stübner
Der BBU ist Partner in der Kampagne Vielfalterleben. Weitere Informationen unter <http://www.vielfalterleben.info>.

Gewässerschutz

BBU-WASSER-RUNDBRIEF steuert auf die Tausendste Ausgabe zu

Seit 1981 berichtet der BBU-WASSER-RUNDBRIEF regelmäßig über das aktuelle Geschehen in der Gewässerschutzpolitik und in der Wasserwirtschaft - kritisch und kompetent. Demnächst wird die Tausendste Ausgabe erscheinen. Die aktuellen Ausgaben Nr. 989 bis 992 berichten u. a. über folgende Themen:

- Auf der Spur von Mikroverunreinigungen und Mikroorganismen im Trinkwasser - großer Forschungsverbund gestartet.
- Trinkwasser in Tremsdorf mit Gartenschlaucharoma
- Bayern will Wasserkraft forcieren - gelingt die Koexistenz von Wasserkraft und aquatischem Naturschutz?
- Windeln verstopfen Abwasserpumpwerke
- Aus welchen Fördertöpfen kann die Entwässerung des Oderbruchs finanziert werden?
- Warum klemmt die Umsetzung der EG-Wasserrahmenrichtlinie?
- Sind Umweltschützer die nützlichen Idioten raffgieriger Wasserwerker?
- Risikobewertung von Mikroverunreinigungen im Trinkwasser
- Rheinhochwasser: Kaffeesatzleserei in der "Unsicherheitskaskade"
- Wenn die Nitratselbstreinigungskraft im Boden zusammenbricht
- Terra Preta Sanitation - ein Zukunftsmodell auch für die Siedlungswasserwirtschaft?
- Sanierung von Hausanschlusskanälen: Erbarmen mit den Hausbesitzern

LeserInnen des BBU-Newsletters können unverbindlich und kostenlos Ansichtsexemplare des BBU-WASSER-RUNDBRIEFS via nik@akwasser.de anfordern.

Nik Geiler, Freiburg

Kohlekraftwerke

Neue Klage gegen Kohlekraftwerk Brunsbüttel

Umwelt- und Sportfischerverbände ziehen gegen wasserrechtliche Erlaubnis für Europas größtes Steinkohlkraftwerk vor das OVG Schleswig-Holstein – Genehmigung verstößt gegen nationales und europäisches Umweltrecht – „Klimakiller-Kraftwerk“ nach Teilrückzug eines Hauptinvestors endgültig stoppen

Die Deutsche Umwelthilfe e.V. (DUH), der Landesverband Schleswig-Holstein des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) und der Landessportfischerverband Schleswig-Holstein (LSFV) haben gestern (11. April 2012) beim Oberverwaltungsgericht Schleswig-Holstein erneut Klage gegen eine weitere Genehmigung für das in Brunsbüttel geplante Steinkohlkraftwerk der SüdWestStrom StadtKraftWerk Brunsbüttel GmbH und Co. KG (SWS) eingereicht.

Mit ihrem Schritt greift die Klagegemeinschaft die im Dezember 2011 erteilte wasserrechtliche Erlaubnis des Kreises Dithmarschen für die beiden Steinkohlblöcke (1.820 MW elektrische Leistung) von SüdWestStrom an. Bei Realisierung der von SWS kalkulierten Betriebsweise des Doppelblockkraftwerks würde die Anlage jährlich über 10 Millionen Tonnen des Treibhausgases CO₂ ausstoßen.

Gegen die Genehmigung hatten DUH, BUND und LSFV zunächst gemeinsam Widerspruch erhoben, der Mitte März jedoch abschlägig beschieden wurde. Vertreten wird die Klagegemeinschaft von dem Berliner Fachanwalt Peter Kremer, der die Umweltverbände bereits in den Verfahren gegen den Bebauungsplan und gegen die erste immissionschutzrechtliche Teilgenehmigung vertritt.

Aus einer Pressemitteilung der DUH vom 12.04.2012. Vollständiger Text unter

[http://www.duh.de/pressemitteilung.html?&tx_ttnews\[tt_news\]=2819](http://www.duh.de/pressemitteilung.html?&tx_ttnews[tt_news]=2819).



Naturschutz

Amphibienschutz der BI Umweltschutz Offenburg

Die Badische Zeitung berichtete am 19. April 2012 über Aktivitäten der BI Umweltschutz Offenburg: http://www.die-buo.de/Presse/BZ_vom_19.04.2012_Wilde_Mullkippe_im_Biotop.pdf.

Die BI ist Mitglied im BBU. Weitere Infos unter <http://www.die-buo.de>.

Pestizide

Hochgefährliche Pestizide stoppen

Die europäischen Agrarchemiekonzerne BASF, Bayer und Syngenta kontrollieren gemeinsam fast die Hälfte des Pestizid-Weltmarktes. Die neue PAN-Veröffentlichung "Hochgefährliche Pestizide von BASF, Bayer und Syngenta! Ergebnisse einer internationalen Recherche" dokumentiert, dass noch immer viele Pestizid-Wirkstoffe dieser Kon-

zerne Krebs auslösen, die Fortpflanzung schädigen, Geburtsschäden verursachen und auch zum Beispiel Bienenvölker schädigen können.

**GEFÄHRLICHE
PESTIZIDE STOPPEN**

**BASF, Bayer und Syngenta
die Rote Karte zeigen!**

Um den Firmen ein deutliches Zeichen zu setzen, die Vermarktung hochgefährlicher Pestizide endlich zu beenden, hat PAN eine Online-Aktion gestartet. Sie bietet jedem bis

Ende Oktober 2012 die Möglichkeit, unter <http://action.pan-germany.org/> ein Schreiben an die Konzerne zu unterzeichnen.

"Seit Dekaden wird versucht, mit Gesetzen und Trainings Pestizidvergiftungen von Menschen, Tieren und Ökosystemen zu verhindern. Trotzdem kommen weiterhin viele Vergiftungen vor, gerade in Entwicklungsländern. Die Lösung kann nur die Eliminierung hochgefährlicher Pestizid-Wirkstoffe sein", sagt Carina Weber, Geschäftsführerin von PAN Germany.

Was "hochgefährliche Pestizid-Wirkstoffe" sind, hat PAN in der „PAN International List of Highly Hazardous Pesticides" definiert. Diese Liste basiert auf der Klassifizierung von Pestizid-Wirkstoffen durch anerkannte internationale Organisationen wie z.B. die EU-Kommission oder die Pestizid-Zulassungsbehörde (EPA) der USA. Dabei hat sich PAN an den Kriterien der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) orientiert.

Aus einer Pressemitteilung von PAN (Pestizid Aktions-Netzwerk) vom 27.04.2012. Vollständiger Text unter http://www.pan-germany.org/download/presse/PI_Online-Aktion_120427.pdf. PAN und der BBU sind Mitglieder auf Gegenseitigkeit.

3. Nachruf

Eine wirkungsmächtige politische Stimme verstummte. Für immer. Heinrich Pachl ist tot.

Heinrich Pachl war ein wachsamer Hüter der Demokratie. Er verteidigte sie gegen alle offenen und verdeckten Angriffe und gegen alle Versuche der schleichenden Demontage. Soziale Gerechtigkeit, Frieden und Schutz der Umwelt, dafür trat er ein.

Die Waffe von Heinrich Pachl war die Sprache. Eine Sprache, die komplizierte Zusammenhänge nicht nur auf den Punkt brachte, sondern dies mit Witz und Ironie tat. Mit beißendem Humor sprach er gegen Konzerne, Nazis und alle anderen Feinde von Freiheit und Fortschritt. Wer Heinrich Pachl zuhörte, dem blieb nicht selten das Lachen im Hals stecken.

Heinrich Pachl war Kabarettist. Politischer Kabarettist. Keiner der stromlinierten Comedians. Vielmehr ein Spitzenkünstler des politischen Humors, der stets Partei ergriff. Für die Unterdrückten und Ausgebeuteten, für den Frieden und die Umwelt.

Mit Ecken und Kanten. Auch seinen Mitstreitern gefiel nicht immer, was er zur Sprache brachte. Aber da war er unerbittlich. Nicht Political Correctness war seine Maxime, sondern Aufrichtigkeit.

Und was ihn ganz besonders auszeichnete: Er beschränkte sich nicht auf die Bühne, auf Fernsehen oder Radio, auf das Kommentieren der politischen Bewegungen. Er griff ein, war immer wieder vor Ort, dort wo die Kämpfe ausgetragen wurden, wo Reaktion und Fortschritt aufeinanderprallten. Auf Demonstrationen, Gewerkschaftskongressen, Aktionen. Und auch als Kritischer Aktionär auf Hauptversammlungen der Konzerne.

Als der BAYER-Konzern sich in den frühen 80er Jahren daran machte, die Nordsee mit seinen Dünnsäureabfällen in eine Kloake zu verwandeln, stemmte Heinrich Pachl sich mit der Coordination gegen BAYER-Gefahren (CBG) dagegen. „Dünnsäure-Aale, frische Dünnsäure-Aale“, so seine Rufe auf dem Leverkusener Marktstand, an dem er die von BAYER geschädigten Fische feilbot. Mit Geschwüren übersät, mit verkrümmten Skeletten und verkrüppelten Gliedern. In Nullkommanix hatte er eine vielhundertköpfige Zuhörerschaft versammelt. Der politische Kabarettist Heinrich Pachl in Aktion. Sein Beitrag zu den jahrelangen Kämpfen, mit denen Ende der 80er Jahre der Stopp der Einleitungen von Dünnsäure erzwungen werden konnte.

Es war nur folgerichtig, dass Heinrich Pachl auf einer der Aktionärsversammlungen des BAYER-Konzerns auftrat. Und dass er 1986 zusammen mit mir und anderen den Dachverband der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre gründete. Und dass er dann immer wieder auf den Hauptversammlungen verschiedener Konzerne ans Mikrofon trat. Und den Profit als Ursache für Ausbeutung und Unterdrückung, für Krieg und Umweltzerstörung geißelte. Und die Hauptversammlungen der Konzerne als Zeremonien der Profitudiktatur entlarvte.

Ein wirkungsmächtige politische Stimme ist verstummt. Für immer. Heinrich Pachl ist tot. Wir sind erschüttert und trauern.

Axel Köhler-Schnura, Düsseldorf, den 22. April 2012
Die CBG und der BBU sind Mitglieder auf Gegenseitigkeit

Impressum: BBU-Newsletter Nr. 4 / 2012, Hrsg.: BBU e.V., Prinz-Albert-Straße 55, 53113 Bonn. Redaktion: Udo Buchholz (UB), Vorstandsmitglied des BBU. Druck: Eigendruck und E-Mailversand über die Geschäftsstelle in Bonn. Der Preis des BBU-Newsletters (per Mail) ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Interessierte Nicht-Mitglieder können den Newsletter (als Datei) beim BBU anfordern. Der Newsletter erscheint monatlich. Nächster Redaktionsschluss ist der 10.05.2012. Beiträge von Mitgliedsinitiativen in Form von Artikeln, Pressemitteilungen oder Terminbekanntgaben werden möglichst bevorzugt veröffentlicht. Die Länge der Beiträge sollte 1800 Zeichen nicht überschreiten. E-Mail-Adresse der Redaktion: Buchholz@bbu-bonn.de. In der Betreff-Zeile bitte „Für den BBU-Newsletter“ vermerken.